

## HAUSHALTSREDE

ALEXANDER THROM, VORSITZENDER CDU FRAKTION

Sehr geehrter Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

die Haushaltsplanberatungen alle zwei Jahre sind immer auch ein guter Anlass, um einmal im politischen Tagesgeschäft inne zu halten, zu sehen, wo wir, wo Heilbronn in Deutschland gerade steht.

Wir befinden uns heute, 20 Jahre nach dem Fall der Mauer und dem gleichzeitigen Beginn der deutschen Wiedervereinigung, 20 Jahre nach einem der glücklichsten und friedlichsten Zeitpunkte in der Geschichte unseres Landes. Etwas auf was alle Deutschen stolz sein können.

Die Mitbürgerinnen und Mitbürger aus Ostdeutschland, da sie eine friedliche Revolution geschafft haben und alle miteinander für die gemeinsame Solidarität und den Wiederaufbau Ostdeutschlands.

Und wir befinden uns am Beginn einer neuen Bundesregierung in Berlin, die von den Menschen herbeigewählt wurde und mit viel Hoffnung versehen ist. Eine Bundesregierung, die mit Sicherheit die richtigen Überschriften gesetzt hat: Wachstum, Bildung, Zusammenhalt, so die Überschrift des Koalitionsvertrages. Eine Regierung, die aber erst noch unter Beweis stellen muss, das will

ich durchaus sagen, dass sie diese hochgesteckten Ziele auch erfüllen kann.

Aber wir haben auch eine völlig desorientierte Opposition:

Den Grünen ist der Koalitionspartner und damit die Wahloption abhanden gekommen. Die SPD ist auf dem Weg „zurück in die Vergangenheit“ und versucht den Populismus der Linken zu kopieren. Die ist damit aber auf weite Sicht weder in den Ländern noch im Bund regierungsfähig. Es hat aber zwei Vorteile: 1. Die Linken werden zumindest in Westdeutschland überflüssig werden. 2. Es gibt mehr Platz in der Mitte.

Schade, dass die Gemeinderatswahl nicht nach der Bundestagswahl ist.

Wir haben aber auch den Scheitelpunkt einer Zeitenwende, jedenfalls was die demographische Entwicklung in unserem Land anbelangt bereits überschritten. Etwas was inzwischen Allgemeingut geworden sein müsste und auch auf Heilbronn - siehe Bevölkerungsprognose - nachhaltige Auswirkungen haben wird.

Wir befinden uns aber auch ein Jahr nach dem Beginn der, wie gesagt wurde, schlimmsten Wirtschafts- und Finanzkrise in der Geschichte, wobei man, denke ich, sagen kann, die Auswirkungen sind deutlich spürbar, aber wohl bisher bei weitem nicht so, wie es uns Ende letzten Jahres noch in Horrorszenarien dargestellt wurde. Erste Hoffnungsfunken am Konjunkturhimmel sind bereits wieder zu sehen mit Wachstum im 3. Quartal 2009 und um +1,6% in 2010.

Selbstverständlich hat diese Wirtschaftskrise auch erhebliche Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte und Kassen vom Bund über die Länder bis hin zu den Kommunen. Dies war uns allen hier im Raum bereits Anfang dieses Jahres, also insbesondere auch vor den Gemeinderatswahlen bekannt. Es war uns bekannt, als wir hier die Mehrausgaben zum Konjunkturpaket beschlossen haben. Es war uns bekannt, als wir unsere Wahlprogramme aufgestellt haben. Es war uns bekannt, als einige von Ihnen vollmundig Steuersenkungen für Gewerbe- und Grundsteuer den Wählerinnen und Wählern versprochen haben.

Es war uns aber auch bekannt, als wir einige Projekte in Heilbronn begonnen oder fortgesetzt haben. Insofern konnte niemanden überraschen, dass tatsächlich im Jahr 2009 und vermutlich auch in den Folgejahren, die Steuereinnahmen, insbesondere die Gewerbesteuer, deutlich geringer sein werden als die Jahre zuvor.

Doch manche Horrormeldungen der Verwaltung über die Sommerpause hinweg mussten dann doch überraschen. Aus heutiger Sicht betrachtet, müssen wir sagen, diese Horrormeldungen waren übertrieben und haben eher zur Verunsicherung der Bevölkerung, teilweise bis zum heutigen Tag, beigetragen, als dafür gesorgt, dass wir eine vernünftige, nüchterne und an der Sache orientierte Haushaltsplanberatung vorbereiten konnten. **(siehe Antrag SPD zu 1-jährigen Haushaltsplanberatungen)**

Wir haben heute kein Defizit von 100 Mio. Euro auf Grundlage der letzten Zahlen der Verwaltung. Wir haben auf Grundlage der ersten

Änderungsliste der Verwaltung heute ein Defizit in beiden Jahren von zusammengerechnet knapp 28 Mio. Euro.

Wir haben es sogar geschafft, im Jahr 2009 den Schuldenstand von 41,2 Mio. auf 37,7 Mio. Euro, also um 3,5 Mio. Euro zu reduzieren. Wir haben damit Ende 2009 den geringsten Schuldenstand in der Kämmerei seit vielen Jahrzehnten und nach der ersten Änderungsliste der Verwaltung wird dieser Schuldenstand auch nicht auf die Horrorzahl von 78 Mio. Euro bis Ende 2011, um 41 Mio. Euro steigen, sondern nur um 6 Mio. Euro auf rund 44 Mio., also ein ganz anderes Verhältnis.

Und auch eine sogenannte Giftliste, welche die Verwaltung für alle Kulturträger, Sportvereine, Sozialverbände und sonstige Bezieher von Freiwilligkeitsleistungen angedroht hat mit 5 – 10% Kürzung, wird es nicht geben. Ebenso wenig werden wir die Stadtbahn Nord stoppen oder die Saarlandstraße aus finanziellen Gründen schieben, oder gar das Freibad Gesundbrunnen schließen, jedenfalls nicht mit der CDU.

Alles sind Horrormeldungen der letzten Monate aus den Reihen der Verwaltung, welche nicht zutreffen, sondern lediglich zur Verunsicherung und auch Verstimmung bei den Betroffenen bzw. unseren Partnern geführt haben. Um es mit den Worten eines früheren Bundeskanzlers gelinde auszudrücken: „Dies war suboptimal.“

Um eines klarzustellen: Es gibt nichts zu beschönigen.

Wir haben eine schwierige Haushaltslage. Aber Heilbronn steht dabei immer noch besser da, als viele andere Kommunen in Deutschland und hat mit den geringsten Schulden je Einwohner auf der einen Seite und mit den höchsten Rücklagen je Einwohner auf der anderen Seite, bezogen auf alle baden-württembergische Stadtkreise, beste Ausgangschancen.

Dies, möchte ich betonen, liegt insbesondere an der vorausschauenden und verlässlichen Haushalts- und Finanzpolitik der vergangenen Jahre und hieran waren bekanntlicherweise die CDU und ihre Finanzbürgermeister nicht ganz unbeteiligt.

Wir haben erstens dafür gesorgt, dass mit den Sparmaßnahmen der Jahre 2003/2004 das strukturelle Defizit beseitigt wird und wir dadurch auch Schulden reduzieren können und wir haben nicht nur über die Verwendung der sogenannten ZEAG-Gelder dafür gesorgt, dass wir hohe, ja höchste Rücklagen aufbauen konnten.

Und dieses Geld, das wir sozusagen, wie die schon fast sprichwörtliche schwäbische Hausfrau „auf die hohe Kante“ gelegt haben, setzten wir nun in den Jahren 2009 bis 2011 zum Teil ein, um unsere Zukunftsinvestitionen zu finanzieren. Denn wir haben im Jahr 2009 mit rund 55 Mio. Euro, ich wiederhole, 55 Mio. Euro das Rekordjahr an Bauinvestitionen im Kämmereihaushalt die höchsten Ausgaben die jeweils in der Geschichte der Stadt Heilbronn getätigt wurden, hinter uns.

Und die Jahre 2011 mit den zweithöchsten Bauinvestitionen in der Geschichte der Stadt und 48 Mio. Euro oder 2010 mit immerhin noch 32 Mio. Euro stehen dem nicht wenig nach.

Man kann also nicht gerade sagen, dass es sich um einen Sparhaushalt handelt. Wir werden die bisher begonnenen Maßnahmen fortsetzen und wir werden bei den großen Zukunftsinvestitionen keine Vollbremsung hinlegen, wie sie einige hier im Gemeinderat in schier blinder Sparmanie fordern.

Wir, die CDU-Fraktion, wollen zu allererst, dass die Schulbaumaßnahmen und die Maßnahmen in den Kindergärten auch über das Konjunkturprogramm fortgeführt und neu begonnen werden. Wir wollen aber auch in unsere Infrastruktur investieren und die CDU steht dazu, die Saarlandstraße so bald als rechtlich, in irgendeiner Art und Weise möglich, auch umzusetzen und durchzufinanzieren. Dies ist das Straßenbauprojekt für die Anbindung des Heilbronner Westens und die Entlastung von nur westlichen Stadtteilen. Nach hartem und zähem Ringen über die richtige Lösung, dies will ich nochmals betonen, die sich keiner leicht gemacht hat, gilt es nunmehr, das Beschlossene umzusetzen und auch hier in der Verantwortung gegenüber unseren westlichen Stadtteilen und Landkreisgemeinden, insbesondere Leingarten, Wort zu halten.

Wir wollen aber auch das weitere große Verkehrsprojekt Stadtbahn Nord nach langem Ringen über die richtige Streckenführung ohne Verzögerung fortführen. Der Irritationen, insbesondere gegenüber dem Landkreis und den betroffenen Gemeinden hat es genüge

gegeben. Es ist gut, dass es gelungen ist, dieses Projekt allein über die Stadtwerke zu finanzieren und der Kämmereihaushalt diesbezüglich nicht belastet wird. Wir werden deshalb als CDU-Fraktion auch darauf verzichten, die Rücklagen der Beteiligungsgesellschaft zur Finanzierung städtischer Maßnahmen heranzuziehen. Diese sollen den Stadtwerken zur Verfügung stehen. Aber dann muss auch gelten, dass alles, was zur Stadtbahn gehört, etwa auch die Verfüllung der Allee-Unterführung von den Stadtwerken finanziert wird und damit weiter Luft für andere Projekte bleibt.

Und wir stehen auch weiterhin in der Finanzkrise zu dem Hochschulstandort Heilbronn. Es genügt nicht jahrzehntelang zu bejammern, dass Heilbronn und seine Region das Schlusslicht an Studierenden je Einwohner in ganz Baden-Württemberg ist, ohne hier dann, wenn sich die Chance ergibt, nicht gegenzusteuern. Insofern ist es gut, dass auf Antrag der CDU nunmehr ein erster Schritt zum Innenstadtcampus gemacht wird und wir das Ausbauprogramm 2012 der Landesregierung dort für die Hochschule Heilbronn umsetzen können. Geradezu ein Glücksfall ist es, dass dies direkt in Nachbarschaft zur neuen Dualen Hochschule Heilbronn stattfinden kann. Hier werden sich Synergieeffekte einstellen und den Hochschulstandort Heilbronn nochmals stärken. Die hier investierten Gelder gemeinsam mit den Partnern vom Landkreis und der IHK sind bestens angelegt.

Und viele andere Millionen-Investitionen auch bei unseren Töchtern und Unternehmen schließen sich in den nächsten Jahren an:

- Die HVG baut in den nächsten Jahren das Container-Terminal und sichert damit den Hafenstandort Heilbronn weiter ab.
- Die Stadtsiedlung erstellt im Wohlgelegenen einen neuen Zukunftspark für die Ansiedlung von Unternehmen. Dies ist praktische Wirtschaftsförderung. Auch hier wird Zukunft gestaltet.
- Und das mit Abstand teuerste Projekt steht ja heute auch noch auf der Tagesordnung: die Sanierung, nein, man muss sagen, der Quasi-Neubau des Krankenhauses Am Gesundbrunnen gemeinsam mit unserem Partner und Gesellschafter Landkreis Heilbronn.

Wir stehen trotz vielfacher Bedenken in unserer Fraktion hinsichtlich der Planung von zwei Neubauten auf kurzer Strecke zwischen Heilbronn und Plattenwand zu diesem Projekt unter der Überschrift: „Eine unteilbare Maßnahme an zwei Standorten.“

Genauso wie Sie, Herr Oberbürgermeister, und die Geschäftsführung der SLK-Kliniken gegenüber dem Zuschussgeber Land Baden-Württemberg argumentieren, dass beide Maßnahmen zusammen, aber auch jede einzelne Maßnahme für sich betrachtet nur sinnvoll ist, wenn sie gemeinsam und zeitgleich ausgeführt werden, stehen wir dazu im Grundsatz.

Wenn es uns gelingt, das Land für dieses Konzept unter diesen Prämissen ins Boot zu holen, dann werden wir damit das Krankenhauswesen in kommunaler Trägerschaft sichern und die

Gesundheitsvorsorge für Heilbronn und die ganze Region für die nächsten Jahrzehnte optimieren.

Wenn Sie dies alles zusammenzählen, wenn Sie zusammenrechnen welche millionenschweren Zukunftsprojekte wir und unsere städtischen Unternehmungen in der Pipeline haben, dann können wir wahrlich nicht davon sprechen, dass es Heilbronn schlecht geht.

Vielmehr wage ich die Behauptung, dass Heilbronn eine der aufstrebendsten, prosperierendsten und zukunftsweisendsten kleinen Großstädten Westdeutschlands ist. Und auch Ministerpräsident Oettinger hat Heilbronn erst vergangene Woche das Prädikat „Zukunftsstadt“ verliehen.

Ich hatte es bereits erwähnt, der Koalitionsvertrag von CDU und FDP trägt die Überschrift: „Wachstum, Bildung, Zusammenhalt.“

Wenn wir diese drei Begriffe auf Heilbronn herunterbrechen, dann können wir sagen:

Wachstum - dieses hat es mit Investitionen gegeben und wird es auch in den nächsten zwei Jahren kräftig geben. Heilbronn verhält sich volkswirtschaftlich richtig und belebt gerade in wirtschaftlich schlechten Zeiten die Konjunktur.

Und deshalb hätte es auch nicht in dieses Bild gepasst, wenn die Verwaltung, wie sie es angekündigt hatte, eine generelle Kürzung der Ausgaben in Freiwilligkeitsleistungen bei Sport-, Kultur- und Sozialverbänden mit 5 oder 10% vorgenommen hätte. Es hätten in Heilbronn wenige verstanden, bei den Bedürftigen, im Ehrenamt und bei der Kultur mit dem Rasenmäher zu sparen, bei derart hohen Millionen-Investitionen.

Vorgeschlagen wird dagegen die Erhöhung von Steuern.

Während die Neueinführung der Zweitwohnungssteuer eine im Wortsinn steuernde Funktion haben soll, nämlich, dass Personen, insbesondere Studenten, die hier ihren Zweitwohnsitz haben, ihren Erstwohnsitz anmelden, ist dies ein vernünftiger Versuch. Hier soll primär niemand zusätzlich belastet werden, sondern versucht werden, aus dem allgemeinen Steuertopf einen höheren Anteil zu erhalten.

Wir gehen dieses mal auch mit bei der Erhöhung der Vergnügungssteuer. Hier wurde viele Jahre nichts gemacht.

Anders als manch andere, sind wir vor den Gemeinderatswahlen nicht herumgelaufen und haben die Reduzierung etwa der Gewerbesteuer versprochen. Ich sage deutlich: Hier wurde der Wähler betrogen, weil jeder im Mai und Juni absehen konnte, dass dies nicht funktionieren wird.

Aber ist es jetzt richtig und notwendig, Steuern zu erhöhen?

Wir haben es mit einer wirtschaftlichen Ausnahmesituation zu tun. Die Konjunktur ist so stark eingebrochen, wie noch nie in der Geschichte Deutschlands und damit bricht zwingend auch die Gewerbesteuer ein, die Hauptfinanzierungsquelle unseres Haushaltes. Müssten wir dauerhaft mit derartig niedrigen Gewerbesteuereinnahmen rechnen, dann, ja dann wäre der richtige Zeitpunkt über Steuererhöhungen nachzudenken. Nämlich dann, wenn es sich um ein strukturelles Haushaltsdefizit handelt und wir auf der anderen Seite im Verwaltungshaushalt alle Einsparmöglichkeiten ausgeschöpft hätten. Beides haben wir heute nicht.

Wir haben zum einen, und das ist das wichtigste Argument, kein strukturelles Haushaltsdefizit, wie wir es etwa noch im Jahr 2003/2004 hatten. Sondern alle gehen davon aus, dass früher oder später die Konjunktur wieder anzieht und dann wieder andere Gewerbesteuereinnahmen, die deutlich über 80 Mio. Euro liegen, erreicht werden können. Und anders als bei früheren Erhöhungen, können wir nicht erkennen, dass die Verwaltung im Verwaltungshaushalt bei ihren eigenen Ausgaben, etwa beim sächlichen Aufwand, bei den Personalausgaben in der allgemeinen Verwaltung größere Einsparbemühungen angestellt hat. Hier hat die Verwaltung der Mut verlassen.

Ohne diese beiden Voraussetzungen können wir daher diesen Steuererhöhungen nicht zustimmen. Wir halten sie in der Sache auch für falsch: Heute die Gewerbesteuer zu erhöhen, wobei die Unternehmen gerade jetzt Liquidität benötigen, wäre schädlich für den Wirtschaftsstandort Heilbronn.

Und etwas ähnliches gilt für die Grundsteuer: Heute die Steuer, welche Eigentümer, Mieter, Private und Gewerbetreibende gleichermaßen betreffen, zu erhöhen, und insbesondere die sozial Schwachen damit übermäßig zu belasten, wäre ebenfalls in einer Wirtschaftskrise nicht angemessen.

Wir halten auch das Argument, dass wir heute unterdurchschnittliche Sätze haben und diese angepasst gehören, für nicht stichhaltig. Im Gegenteil: Wir sollten stolz sein und dies auch der Bevölkerung und den Unternehmen kundtun, dass wir in Heilbronn trotz aller Leistungen, die diese Stadt erbringt, immer noch unterdurchschnittliche Steuersätze bei Gewerbe- und Grundsteuer im Vergleich zu anderen Stadtkreisen haben.

Diese Absage an die Steuererhöhungen heißt aber auch, dass wir an anderer Stelle sparen müssen. Die CDU macht insgesamt Einsparvorschläge in den nächsten beiden Haushaltsjahren von 11,44 Mio. Euro. Unter Zugrundelegung unserer Finanzanträge einschließlich der Mittel, welche für die dann entfallende Grund- und Gewerbesteuererhöhung anfallen mit 7,3 Mio. Euro, verbleiben rund 4,1 Mio. Euro, welche den Haushalt nochmals verbessern. Vorausgesetzt: Sie, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, stimmen alle unseren Vorschlägen zu.

Im Einzelnen:

Sparen heißt zunächst für uns auch sparen bei den Verwaltungskosten. Wir schlagen deshalb eine globale

Minderausgabe für die Sachkosten der Verwaltung von 10% vor, Einsparvolumen 1,38 Mio. Euro in zwei Jahren.

Wir schlagen weiter vor, die Wiederbesetzungssperre formal auf 6 Monate festzusetzen. Wir wollen nämlich, dass wie bisher bei der Wiederbesetzungssperre die Erzieherinnen und Erzieher in den Kindertageseinrichtungen herausgenommen werden, also dort die Stellen sofort wiederbesetzt werden. Die Verwaltung dagegen schlägt uns eine Quasi-Wiederbesetzungssperre von 3 Monaten vor, allerdings ohne jegliche Ausnahmen, also auch keine Ausnahmen bei den Erzieherinnen. Insofern müssen wir, um das gleiche zu erreichen, die Wiederbesetzungssperre über die gesamte Verwaltung auf 6 Monate ausdehnen.

Und wir schlagen bei den Personalkosten eine Nullrunde vor. Wir sagen klar und deutlich: In den nächsten beiden Jahren darf es für die kommunalen Haushalte keine Lohnabschlüsse mit Tarifsteigerungen geben. Die Verwaltung hat hier 1% Steigerung eingestellt. Diese wollen wir herausstreichen, was 2 Mio. Euro erspart. Und dieser Appell geht ganz speziell an die Gewerkschaften. Wer sich jahrelang hinstellt und sagt, wir müssen erstens einen Inflationsausgleich über die Lohnsteigerungen erhalten und zweitens auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der guten Konjunktur beteiligen, der muss diese Argumente auch im umgekehrten Fall gegen sich gelten lassen.

Bei einer Inflationsrate von  $\pm 0,0\%$  und einer Konjunkturkrise mit bundesweit sinkenden Gehältern müssen daher auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Hand ihren Beitrag

leisten. Dies halte ich unter dem Stichwort „Zusammenhalt“ (sie erinnern sich an den Koalitionsvertrag: Wachstum, Bildung, Zusammenhalt) für wichtig. Hinzu kommt, dass keine Mitarbeiterin und kein Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung Kurzarbeit oder betriebsbedingte Kündigungen fürchten muss. Hier haben wir einen sicheren Arbeitsplatz. Gerade in wirtschaftlich schwächeren Zeiten ist dies ein besonderer Wert. Und deswegen sagen wir auch als klares politisches Signal an die Tarifvertragsparteien: Wir erwarten in der öffentlichen Verwaltung eine Nullrunde.

Aber wir haben weitere Einsparvorschläge, die ich lediglich nur kurz streifen will.

Wir müssen und können auch verzichten: Das heißt, kein Ausbau des Frankenstadions und Streichen der entsprechenden Mittel mit 1,8 Mio. Euro in beiden Jahren.

Genauso können wir auf eine Bahnunterführung in der Burenstraße verzichten. Eine Bahnunterführung für 900.000,00 Euro. Hier fehlt es an der Angemessenheit und es wundert uns schon sehr, dass ein solcher Vorschlag überhaupt Eingang in die Planungen der Stadt gefunden hat, gerade auch in diesen Haushalt. Hier stehen Aufwand und Ertrag in keinem Verhältnis.

Ähnliches gilt für den Neubau der Peter-Bruckmann-Brücke. Der Neubau der Peter-Bruckmann-Brücke soll insgesamt 21 Mio. Euro kosten. Dabei hat man gar einen Architektenwettbewerb ausgelobt, für eine Brücke, bei der man von oben nahezu nichts sieht. Ich habe keine Ahnung, wie die Peter-Bruckmann-Brücke heute von unten

aussieht. Sie? Lediglich dort können die entsprechenden Unterschiede sichtbar werden. Sehen werden es also vor allem die Neckarschiffer. Freilich hat man sich dann auf den teuersten Entwurf geeinigt. Dies halten wir für nicht angemessen. Hier kann gespart werden, ohne dass die Funktion gefährdet wird, nämlich trockenen und sicheren Fußes bzw. PKWs vom einen Neckarufer ans andere zu gelangen. Wir schlagen den 2. Sieger des Wettbewerbs vor zur Ausführung. Dies spart insgesamt 5 Mio. Euro ein (16 anstatt 21 Mio. Euro). Allein in dem nächsten Doppelhaushalt wären dies 1 Mio. Euro weniger.

Und schließlich machen wir das, was auch bei anderen städtischen Töchtern, beispielsweise den Entsorgungsbetrieben gemacht wurde. Wir holen Darlehen, die die Mutter Stadt Heilbronn an die Töchter gegeben hat, wieder zurück, eben ein solches, das wir an die Stadtsiedlung Heilbronn mit 2,3 Mio. Euro gegeben haben, soll zurückbezahlt werden.

Aber auch im kleineren haben wir gespart. Nicht nur ein Signal an die Tarifvertragsparteien wollen wir senden, sondern auch an die Bevölkerung. Auch dort wird man Einsparungen spüren müssen und sei es nur, dass wir das Neckarfest verschieben und dadurch einen Zuschuss an die HMG von 100.000,00 Euro sparen. Vielleicht hilft die Denkpause auch, um das Fest qualitativ besser zu gestalten.

Insgesamt kommen wir so auf über 11,4 Mio. Euro.

Wachstum, Bildung, Zusammenhalt – Was heißt das weiter für Heilbronn?

Unser Schwerpunkt liegt auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ganz eindeutig bei Bildung und Zusammenhalt. Und darunter subsumieren wir auch und insbesondere Familien, Kinder und Jugendliche.

Die Stadt Heilbronn unter der Führung des Gemeinderats und hier, das will ich sagen, der beiden großen Fraktionen, hat in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen, um im Kinderland Baden-Württemberg die Kinderhauptstadt zu werden. Ich behaupte: Heilbronn ist die mit Abstand kinder- und familienfreundlichste Großstadt in ganz Baden-Württemberg und weit darüber hinaus. Diesen Spitzenplatz gilt es zu verteidigen und zwar jeden Tag und jedes Haushaltsjahr aufs Neue.

Es ist schön, wenn wir Leuchtturmprojekte wie die Experimenta haben. Herr Oberbürgermeister à la bonheur, hier kann man Ihnen nur gratulieren, dass Sie gemeinsam damals mit der Ersten Bürgermeisterin Margret Mergen und Ihnen, Herr Bürgermeister Mergel, dieses Projekt angeschoben haben und auch trotz Bedenken umgesetzt haben. Das Quäntchen Glück mit dem großen Sponsor, der Dieter Schwarz Stiftung, kam hinzu. Hier kann man insgesamt nur Dank sagen. Die Experimenta ist und wird ein Leuchtturm für Heilbronn und weit ins Land hinaus sein und quasi unseren Spitzenplatz im Bereich von Kinder- und Familienförderung und Bildung dokumentieren. Es ist schön, wenn der Ministerpräsident Heilbronn den Ehrentitel Zukunftsstadt verleiht.

Das sind wir wirklich und was noch wichtiger ist: Es wird im Land bewusst wahrgenommen. Die Experimenta ist das I-Tüpfelchen. Aber wird dürfen den großen Strich unter dem I-Punkt nicht vernachlässigen, meine sehr verehrte Dame und Herren der Bürgermeisterriege.

Denn die Zukunftsstadt sind wir auch, weil wir zu allererst unsere Kindertageseinrichtungen ausgebaut haben und weil wir hier nicht sparen, sondern mit der Qualitätsoffensive gerade auch im pädagogischen Bereich eine Spitzenstellung haben.

Zukunftsstadt sind wir, weil wir mit dem Heilbronner Weg die Ganztageschulen ausgebaut haben und auch weiter ausbauen werden.

Zukunftsstadt sind wir auch, weil wir in den Kindergärten frühzeitig Sprachförderung machen können.

Und Zukunftsstadt sind wir, weil wir unser Handeln konsequent an Kindern, Familien und den zukünftigen Generationen ausrichten. Letztlich eben auch, weil wir als erste Großstadt Deutschlands gänzlich auf Kindergartengebühren verzichtet haben. Wer hier das Rad zurückdrehen will hat nichts verstanden und gefährdet diese Spitzenstellung. Ich bedaure dies, liebe Kollegen der FDP, so deutlich sagen zu müssen und deshalb geht gerade an Sie die Erinnerung an Wachstum, Bildung, Zusammenhalt.

**Wachstum:**

Wir haben mit der Abschaffung der Kindergartengebühr die größte Gebühren- und Steuerreduzierung in der Geschichte der Stadt Heilbronn vorgenommen mit 2,5 Mio. Euro jährlich. Wenn sie dieses von den Kindergarteneltern wieder haben wollen, ist dies kontraproduktiv fürs Wachstum.

### **Bildung:**

Wir haben die Kindergärten auch mit dem Orientierungsplan des Landes konsequent zur Bildungseinrichtung umgebaut. Es ist keine Aufbewahrungsanstalt mehr, für die man bezahlen muss. Bildung in den Schulen ist unbestrittenermaßen kostenfrei. Insofern müssen wir die Bildungseinrichtung Kindergarten mit der Bildungseinrichtung Schule gleichstellen.

### **Schließlich Zusammenhalt:**

Wer hier eine Neiddebatte vom Zaun bricht, nach dem Motto: Auch die gut verdienenden Eltern zahlen keine Gebühren, der gefährdet den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Und  $\frac{3}{4}$  der gestrichenen Kindergartengebühren von 2,5 Mio. Euro wurden von den Eltern mit Durchschnittsverdienst und darunter getragen. Die Gutverdiener retten allein die Kindergartengebühren nicht.

Also:

In Heilbronn ist die FDP nicht die große Steuersenkungspartei, sondern die große Gebührenerhöhungspartei und das gegen den erklärten Willen ihres Parteivorsitzenden und jetzigen Vizekanzler, der vor der Wahl vor einem Millionenpublikum erklärt hat: Wenn er es zu entscheiden hätte, würde er als erstes die

Kindergartengebühren abschaffen. Dies wäre das Beste für die Bildung. Die Haltung der FDP ist genauso wenig konsequent wie fortschrittlich.

Und um fortschrittlich zu bleiben, werden wir selbstverständlich auch den Vorschlag der Verwaltung bei der Betreuung der unter 3-jährigen, die bereits vorhandenen und erstellten Einrichtungen im Jahr 2010 und 2011 nicht in Betrieb zu nehmen, nicht mitmachen.

Unser wichtigster Finanzantrag bedeutet damit auch weitere 2,1 Mio. Euro für die Weiterführung der Konzeption zur Betreuung der unter 3-jährigen in den Doppelhaushalt einzustellen. Es wäre ja geradezu grotesk in der letzten Woche die Zuschüsse für den Ausbau dieser Kindertageseinrichtungen im Verwaltungsausschuss zu genehmigen und dann eine Woche später zu sagen: Wir bauen mal die Kindertageseinrichtungen, aber im Jahr 2010 und 2011 nehmen wir sie nicht in Betrieb. Einen solchen Schildbürgerstreich kann auch die Verwaltung nicht wirklich wollen.

Weiter beantragen wir auch 7.000,00 Euro für die Frühen-Hilfen, einem Verein, welcher viel Gutes für Kinder und ihre Familien macht und eine Angebotslücke in Heilbronn schließt. Wir erwarten allerdings, dass auch der Landkreis sich in entsprechender Form und Höhe an dieser beteiligt.

Bei der Volkshochschule haben wir uns gewundert, dass die im letzten Jahr beschlossenen weiteren Zuschüsse von 70.000,00 Euro nunmehr im Haushalt nicht enthalten sind. Wir haben diesbezüglich auch keine klaren Aussagen der Verwaltung erhalten.

Wir bitten daher die Verwaltung, zu prüfen, ob es sich hierbei um ein strukturelles Defizit handelt, dann wäre es von der Stadt auszugleichen, oder um Mittel, welche von der Volkshochschule selbst erwirtschaftet werden können. Die Verwaltung muss sich hier intern eine gemeinsame Meinung bilden.

Einen Bericht erwarten wir im ersten Halbjahr 2010, um dann auf einer gesicherten Grundlage über den weiteren Zuschussantrag der Volkshochschule entscheiden zu können.

Unter Zusammenhalt müssen wir in Zeiten des demographischen Wandels aber auch sehen, dass wir nicht nur weniger Junge, sondern vor allem immer mehr ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger haben. Wir haben deshalb bereits im letzten Jahr einen Antrag auf Einrichtung von Seniorenhäusern gestellt. Wir hatten bereits in den Gemeinderatswahlen gesagt, dass wir angesichts der Haushaltslage nicht versprechen können, dass bereits in den nächsten zwei Jahren die ersten Seniorenhäuser über die Nordstadt hinaus in Betrieb gehen. Wir wollen aber erklären: Nach der Verbesserung der Betreuung und Bildung unserer Kinder und Jugendlichen gilt es bei wieder besseren Haushaltssituationen, primär auch Angebote für Seniorinnen und Senioren in den Stadtteilen zu schaffen. Wenn die Stadt hier Möglichkeiten sieht, auch in den nächsten zwei Jahren erste Maßnahmen zu ergreifen, wie etwa mit Familienhäusern von Herrn Urban vorgeschlagen, so wird die CDU dies unterstützen.

Und unter dem Begriff Zusammenhalt verstehen wir auch, dass die Gesamtstadt, Kernstadt, sowie alle Stadtteile gleichermaßen

berücksichtigt werden müssen. Es ist richtig: Wir haben Anfang dieses Jahrzehntes viele Bemühungen und Investitionen in die Innenstadt gerichtet. Die Innenstadt ist zuvor viele Jahre, wenn nicht sogar Jahrzehnte vernachlässigt worden und dafür ist viel, etwa über Ortskernsanierungen in den Stadtteilen geschehen. Aber wir müssen auch feststellen, dass es in den Stadtteilen erhebliche Defizite gibt. Wer durch Kirchhausen oder Frankenbach fährt, der sieht, dass es hier städtebauliche Probleme gibt. Die CDU hat hier bereits entsprechende Anträge gestellt. Für Klingenberg, große Teile von Böckingen, Frankenbach aber auch Neckargartach wird der Ausbau der Saarlandstraße essentiell sein, um die Ortskerne vom Verkehr zu entlasten. Dies ist besser als alle oberflächlichen Maßnahmen, welche vielerorts versprochen werden.

In Böckingen wollen wir darüber hinaus eine Verpflichtungsermächtigung einstellen, um spätestens im Jahr 2012 den notwendigen Grundstückserwerb am Sonnenbrunnen vornehmen zu können. Und in den Stadtteilen Sontheim, Horkheim, Kirchhausen und Biberach wollen wir mit Planung und Erschließung neue Baugebiete ausweisen.

Wir sollten gerade hier mehr Zusammenhalt als Separation üben. Jeder Stadtteil, egal welche Größe, ist wichtig und muss nach seinen speziellen Bedürfnissen ausgerichtet werden.

**Und nun zu einem letzten großen Themenblock:  
Neckarvorstadt und Bundesgartenschau**

Die Zukunft dieser Stadt liegt am Wasser, genauer gesagt an den Ufern des Neckars im neuen Stadtteil Neckarvorstadt. Davon sind wir fest überzeugt. Uns geht es darum, in den nächsten Jahrzehnten diesen neuen Stadtteil Neckarvorstadt zu gestalten und zu bauen. Die Grundlagen haben wir mit dem städtebaulichen Entwurf gelegt. Und ich will nochmals betonen, dass wir der Überzeugung sind, hier einen großen Wurf für Heilbronn gefunden zu haben.

Die Bundesgartenschau ist hierzu zweitrangig. Sie ist Mittel zum Zweck, nämlich diesen Stadtteil möglichst schnell und mit viel Landes –und Bundesmitteln gestalten zu können. Nur mit der Bundesgartenschau werden wir es schaffen, bis zum Jahr 2019 wenn überhaupt, viele Infrastruktureinrichtungen wie die Wasserkanäle und Wasserbecken und die entsprechenden Straßen, sowie Grünanlagen im neuen Stadtteil herstellen zu können.

Die Zusage des Ministerpräsidenten, dass Heilbronn genauso behandelt wird, wie bei den Bundesgartenschauen in Mannheim und Stuttgart liegt seit Mai diesen Jahres vor. Dies ist im Übrigen auch etwas, was selbst bei aufmerksamen Beobachtern der Presse etwas untergegangen ist. Diese Zusage gilt es in den nächsten Jahren einzufordern.

Und deshalb wäre es falsch, zu einem jetzigen Zeitpunkt die BUGA in Frage zu stellen oder gar aus finanziellen Gründen die Planung nur in irgendeiner Hinsicht zu verlangsamen. Ganz im Gegenteil:

Ich will nicht mehr die Diskussion führen, ob und wenn ja, wie viel wir hinter einem Zeitplan hinterher sind. Aber die jetzige Restspanne insbesondere ab 2012 dem letzten Ausstiegspunkt, bis zur Durchführung der Bundesgartenschau 2019 ist knapp und das Vorhaben, dieses zu erreichen, anspruchsvoll.

Und auch Fragen, was denn die BUGA kostet und ob wir uns diese leisten können, sind zwar berechtigt, aber heute viel zu früh. Weder kann heute irgendjemand seriös sagen was die BUGA kosten wird und was davon die Neckarvorstadt sowieso kosten wird, da wir die Details der Planung und der Ausführung noch gar nicht kennen. Und auf der anderen Seite kann auch niemand sagen, ob wir uns dies leisten können, weil wir eben ja gerade nicht sicher wissen, wie sich die Konjunktur die nächsten 2-3 Jahre entwickelt. Davon wird vieles abhängen.

Deshalb wäre hier bei manchen ein bisschen mehr Gelassenheit und weniger Wichtigtuerei angebracht.

Eines wissen wir von der CDU für uns jedenfalls sicher:

Wir wollen diesen neuen Stadtteil - früher oder später. Und um dies zu erreichen, ist kein Euro, welchen wir jetzt in die Planungen stecken, vergebens, weshalb wir auch die vollen Ansätze der Verwaltung nachhaltig unterstützen werden.

Abschließend möchte ich sagen: Heilbronn hat als Zukunftsstadt beste Zukunftschancen. Wir haben aufgrund vorausschauender Politik eine weitaus bessere Ausgangslage als viele andere Städte mit geringen Schulden und hohen Rücklagen. Heilbronn investiert in

den nächsten Jahren in die Zukunft mit Stadtbahn, Saarlandstraße, Klinikum, Neckarvorstadt und hoffentlich Bundesgartenschau und vielem mehr.

Und Heilbronn baut weiter seinen Spitzenplatz als Bildungsstadt und kinder- und familienfreundlichste Großstadt aus. Denn würde die schwäbische Hausfrau in dieser Situation als erstes an der Bildung ihrer Kinder sparen? Wohl kaum. Und wir tun dies auch nicht.

Ich möchte mich an dieser Stelle zunächst bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, aber auch in unseren Unternehmen, wie Stadtwerke, HVG, SLK-Klinikum, Stadtsiedlung, HMG und allen anderen für die Arbeit in den vergangenen zwei Jahren bedanken, verbunden mit der Aufforderung, gerade auch in schwierigen Zeiten motiviert für die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger weiterzuarbeiten. Denn nicht der Gemeinderat ist es, für welchen Sie arbeiten, sondern die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Wir wissen, dass wir gerade in diesen Zeiten mehr als üblich von Ihnen verlangen, ja verlangen müssen. Gerade deshalb will ich auch unsere Zusage erneuern, dass Sie hier bei der Stadt einen sicheren Arbeitsplatz und wir für Sie und Ihre Belange auch gerade mit dem Personalrat immer ein offenes Ohr haben. Wir wissen, dass wir ohne Ihre Unterstützung alle Vorhaben über die wir heute reden, nicht umsetzen können.

Ansonsten bedanke ich mich bei der Kämmerei, Herr Kraiß und Ihren Mitarbeitern, für die Aufstellung des Haushaltsplans, was in diesem Jahr sicherlich besonders viel Arbeit gemacht hat. Ich

wünsche Ihnen und Ihren Mitarbeitern, sowie dem Gemeinderat gute, zügige und weitgehend ideologiefreie Beratungen. Ich sage zu, dass wir unsererseits alle Anträge ernsthaft prüfen werden und gerne auch zustimmen, wenn sie Heilbronn voranbringen.

Am besten Sie stimmen einfach den Anträgen der CDU zu, dann ist Heilbronn auf dem richtigen Weg.